

Anlauf zum vorerst letzten Kapitel

Der Grosse Rat hat sich mit der **Kapitalaufstockung** und der **Neuordnung der Besitzverhältnisse beim Stromkonzern Repower** befasst. **Energiedirektor Mario Cavigelli verteidigte das Vorgehen der Regierung – heute wie früher.**

► LUZI BÜRKLI

V

Vor zwei Wochen hatte der Bündner Stromkonzern Repower eine Kapitalaufstockung um 150 Millionen Franken durch die Einbindung zweier neuer Ankeraktionäre bekannt gegeben. In einer Woche sollen an einer ausserordentlichen Generalversammlung in der Churer Stadthalle die Aktionäre ihren Segen dazu geben. Mitten in diesen Prozess fiel gestern eine politische Debatte zum Thema im Bündner Grosse Rat. Gelegenheit dazu gab den Kantonsparlamentariern das Jahresprogramm 2015 des Kantons. Die «Erfolgskontrolle» über das Jahresziel zur Stromproduktion mit einer Erhöhung der Wertschöpfung aus der Wasserkraft konnte zur Repower-«Chropfleerete» genutzt werden. Folgende Fragen standen dabei im Zentrum: Hat der Kanton, sprich die Regierung, mit dem Zukauf eines Repower-Aktienpakets von 12,3 Prozent im Dezember 2012 einen nachträglich teuren Fehler gemacht? Begeht sie nun, indem sie mit den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) und dem UBS-CEIS-Anlagefonds neue Aktionäre ins Repower-Boot lässt und selbst zum Minderheitsplayer wird, einen zweiten? Und hat Repower selbst die Entwicklung am Strommarkt verschlafen und zu spät eine strategische Neuausrichtung mit der Konzentration auf erneuerbare Energien und die beiden Kernmärkte Schweiz und Italien vollzogen?

SVP: Nur noch sehr wenig zu sagen

Kritisch an die Adresse der Regierungsbank äusserte sich insbesondere die SVP-Fraktion. Fraktionschef Jan Koch (Igis) wies darauf hin, dass sich die SVP 2013 gegen den bereits erfolgten Zukauf des hälftigen Alpiq-Aktienpakets durch die Regierung ausgesprochen hatte. Über 80 Millionen Franken gab der Kanton damals dafür aus, heute wäre das gleiche Aktienpaket für 14,8 Millionen zu haben. Und: «Wir haben zwar die Aktien noch, werden mit



Ein Jahresbericht kann für Debatten jedwelcher Art genutzt werden: Blick in den Grossen Rat bei der gestrigen **Repower-Debatte**. (FOTO YANIK BÜRKLI)

diesen aber künftig nur noch sehr wenig zu sagen haben», meinte Koch in Anspielung darauf, dass nach der Kapitalaufstockung der Aktienanteil des Kantons künftig noch zwischen 21 und 23 Prozent betragen wird. Auch bezweifelte Koch, dass Repower mit der neuen Strategie in den nächsten Jahren die in der Vergangenheit gemachten Verluste wieder einfahren werde, zumal bereits viele Anbieter auf den grünen Strommarkt drängten. Ratskollege Andrea Davaz (Fläsch) meinte: «Die ganze Geschichte ist sicher ein Krimi und das Schlusskapitel ein Akt der Verzweiflung.» Strommanager aus dem Unterland, assistiert von ehemaligen Bündner Regierungsräten im Verwaltungsrat, hätten Repower mit einer falschen Strategie an den Rand des Ruins gesteuert.

FDP-Grossrat Karl Heiz (Poschiavo), ehemaliger Repower-CEO,

konnte sich direkt angesprochen fühlen. Selbstverständlich habe es bei Repower «Fehleinschätzungen» in der Vergangenheit gegeben – so, wie in der gesamten Strombranche. «Niemand hat die heutige Situation kommen sehen. Ich auch nicht», sagte Heiz. Dass man aber nun von einem Ausverkauf des Unternehmens spreche, sei «absurd». Mit den beiden neuen Ankeraktionären seien gute Partner gefunden worden.

FDP-Fraktionschef Rudolf Kunz (Chur) sprach der Regierung ein Kompliment dafür aus, dass sie einen begangenen Fehler nun korrigiere, doch erkannte er im Befreiungsschlag auch einen finanziellen Sündenfall: «Der Kanton Graubünden hat sich mit Steuergeldern verhalten wie eine Investmentbank.» Parteikollege Urs Marti (Chur) nahm den Ball auf und stellte zuhänden der Regierung die Frage,

wie der Kanton eigentlich mit Finanzvermögen umzugehen gedenke. «Es ist eigentlich nicht vorgesehen, damit spekulative Vorgänge zu verfolgen», kritisierte Marti.

Eine ganz andere Sicht der Dinge hatten die beiden CVP-Vertreter Alessandro della Vedova (Podesta Poschiavo) und Aurelio Casanova (Stadtpräsident Ilanz), die vor allem wegen des Erhalts der Arbeitsplätze in ihrer Region ihrem unter Beschuss geratenen verantwortlichen Regierungsrat Mario Cavigelli den Rücken stärkten. Repower sei nun Zeit – und politische Ruhe – zu geben, um sich neu zu positionieren. In diesem Sinne richtete auch Energiedirektor Cavigelli einen Appell an die Grossratsmitglieder. Ausführlich ging er auf die geäusserte Kritik im Rat ein. Es sei der Strategie von Repower zu verdanken, dass mit der EKZ und UBS-CEIS zwei neue Geldgeber als Ankeraktionäre einsteigen würden. Von einem «Ausverkauf nach Zürich» könne keine Rede sein. «Der Austausch wird auf Augenhöhe stattfinden», sagte Cavigelli zur Zusammenarbeit der neuen Eigentümer. Auch könne er bestätigen, dass vorgesehen sei, den Repower-Hauptsitz in Poschiavo zu halten. Dazu gebe es Vereinbarungen, erklärte Cavigelli.

Heute auch klüger

Einzig bei der Wertverminderung der Repower-Aktien schimmerte so etwas wie Bedauern durch. Beim Kauf des hälftigen Alpiq-Aktienpakets im Dezember 2012 habe sich der Kanton unabhängig beraten lassen, so Cavigelli. «Damals schien es ein guter Preis, aus heutiger Sicht ist das natürlich nicht der Fall», sagte er. Tatsächlich: Nimmt man die Bewertung der kantonseigenen Repower-Aktien von 2013 als Grundlage, resultiert ein «Verlust» von insgesamt 277 Millionen Franken. Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner stellte im Rat per Ende Jahr gar eine erneute Wertkorrektur in zweistelliger Millionenhöhe in Aussicht, da die Aktie jetzt (unter dem Buchwert des Kantons) für 43 Franken herausgegeben wird. Doch, es kann als versöhnlicher Abschluss der Geschichte gelten, meinte Cavigelli: «Wir haben es nach bestem Wissen und Gewissen gemacht.»

WORTWÖRTLICH

«Ohne eine solche Neuausrichtung wäre Repower früher oder später auseinandergebrochen.»
ALESSANDRO DELLA VEDOVA (CVP, SAN CARLO)

«Der Kanton wird zwangsläufig massiv an Einfluss verlieren.»
JAN KOCH (SVP, IGIS)

«Die Zürcher sind aus Sicht des Tourismus willkommen. Hier geschieht eine Kundenbindung, die uns gut tut.»
ADRIAN STEIGER (FDP, FLIMS)

«Wir können hoffen, dass gewisse Zürcher auch noch ein bisschen Bündner sind.»
ANDREA DAVAZ (SVP, FLÄSCH)

«Leider hat es sich gezeigt, dass wir recht hatten.»
JOHANNES PFENNINGER (SP, RODELS)

«Wir müssen aufpassen, dass wir da keine Sauce machen.»
MARIO CAVIGELLI (REGIERUNGSRAT)

«Die Unternehmen befinden sich in einem Abwärtsstrudel, wenn sie nichts tun.»
DITO

SP verlangt Varianten zum Schneesportzentrum

LENZERHEIDE Die Bündner Regierung soll aufzeigen, wie ein Nationales Schneesportzentrum auf der Lenzerheide auch ohne Bundesbeteiligung durch den Kanton realisiert und betrieben werden könnte. Der Churer Stadtratskandidat Patrik Degiacomi hat gestern namens der SP-Fraktion im Grossen Rat einen entsprechenden Auftrag eingereicht. Dabei soll die Regierung die Zusammenarbeit mit Sportverbänden und Privaten berücksichtigen. Die Bündner Regierung hatte erst vergangene Woche am Nationalen Schneesportzentrum Lenzerheide festgehalten und in einem Brief an den Bund ihr Bedauern über eine Sistierung des Projektes bis 2023 ausgesprochen. Das Projekt sei sehr wichtig für die Förderung des Schneesports und für die Sportförderung von Kindern und Jugendlichen, so die Regierung. Die SP-Fraktion teilt diese Ansicht und erachtet eine Investition in ein Schneesportzentrum zudem als weitaus günstiger und nachhaltiger als Olympische Winterspiele. (LUB)

GESTERN IM RAT

Mit Rückblick gestartet

Der Grosse Rat hat zum Auftakt der Junisession das Jahresprogramm 2015 behandelt. Des Weiteren standen auf dem Programm:

- die Eröffnungsansprache des Landespräsidenten Vitus Dermont;
- die Vereidigung erstmals anwesender Grossrats-Stellvertreterinnen und -Stellvertreter;
- die Staatsrechnung 2015 (in Beratung).



Erstmals dabei: **Nina Padrun, Corina Caluori, Toni Schmid, Peter Hartmann** und **Ueli Günthardt** (von links) legen den Eid ab. (FOTO YANIK BÜRKLI)

HEUTE IM RAT

Wahlen am zweiten Tag

Zu Beginn des zweiten Sessionstages (ab 8.15 Uhr) wird Barbara Janom Steiner vom Grossen Rat zur Regierungspräsidentin 2017 gewählt werden. Vizepräsident 2017 wird Mario Cavigelli. Danach:

- Fortsetzung Beratung Staatsrechnung;
- Behandlung verschiedener Geschäftsberichte;
- Auftrag Bondolfi betreffend Wandern;
- Fraktionsauftrag SP betreffend Arbeit statt Sozialhilfe für Flüchtlinge;
- Auftrag Stiffler (Chur) betreffend freies WLAN im bewohnten öffentlichen Raum;
- Anfrage Felix (Haldenstein) betreffend Abwesenheitstage in Wohnheimen für Menschen mit Behinderung;
- Anfrage Paterlini betreffend Förderung von Sportveranstaltungen im Kanton Graubünden;
- Bericht zur Spital- und Pflegefinanzierung im Kanton Graubünden.

Was Fussball und Schule gemeinsam haben

Landespräsident Vitus Dermont (CVP) verglich in seiner bemerkenswerten Eröffnungsansprache der Junisession die Voraussetzungen erfolgreicher Fussballer mit den Voraussetzungen für den Einstieg der Schüler in die Berufswelt.

Erfolg im Fussball heisst: «Disziplin, Durchhaltevermögen und Sozialkompetenz – das sind jene Voraussetzungen, die es nach der obligatorischen Schulzeit für eine Berufslehre braucht»: Landespräsident Vitus Dermont mit der Erfahrung als langjähriger Berufsschullehrer zog in seiner Eröffnungsansprache den Vergleich zwischen der Fussballwelt und der Zukunft der Schülerschaft. Beim Fussball sei auch «kein Meister vom Himmel gefallen», alle hätten einmal «unten angefangen». Aber mit Einsatz, Ausdauer, Hartnäckigkeit, Talent und einer Portion Glück hätten sie es in die oberste Liga gebracht. An einer Europameisterschaft aktiv teilzunehmen, sei für jeden Fussballer eine Ehre, und auch das Land sei stolz, mit den besten Teams wetteifern zu dürfen – «Sport eint, schafft Brücken, schafft Identität.» Im Bündner Fussball sehe es nicht

besonders gut aus, das Bedürfnis, im Team auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten, widerspreche offensichtlich vielfach «dem Zeitgeist der individuellen Entscheide».

Dermont schlug einen Bogen zur Welt der Jugendlichen nach Ende der obligatorischen Schulzeit. Nicht alle jungen Leute seien von der Idee einer Lehre begeistert, das Gewerbe klinge, «alle wollen ins Gymnasium». Aber auch die Mittelschulen seien um Nachwuchs bemüht, zugespitzt könne man sagen: «Der Kampf um die Köpfe ist lanciert.» Als Berufsschullehrer sei er von dem dualen Ausbildungssystem überzeugt, die Einführung der Berufsmatura sei ein wichtiger Schritt gewesen, Weiterbildung auch später zu realisieren. Entscheidend in dieser Phase sei – wie beim Fussball – Teamarbeit, das Zusammenspiel von Eltern, Schule und Berufsberatung, von Lehrmeister und Lehrer.

Berufslehre oder Mittelschule – beide Berufswege hätten ihre Stärken, in keinem Fall dürfe man sie gegeneinander ausspielen. «In diesem Sinne drücken wir sowohl unserer Fussball-Nationalmannschaft wäh-

rend der Europameisterschaft wie auch den Jugendlichen während ihrer Ausbildung ganz fest die Daumen», so Dermont in seiner gelungenen Rede, und er erklärte die Session als eröffnet. CLAUDIO WILLI



Ob Fussball oder Berufsleben, das **Wohl der Jugendlichen** muss immer vor ökonomischen Überlegungen stehen: **Landespräsident Vitus Dermont**. (YB)